

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

### Der Arbeitskammergesetzentwurf.

Als vor einem Jahre es den reaktionären Parteien mit Hilfe einer auch in Deutschland beispiellosen Wahlmachere gelang, einen den Scharfmachern gefügigen Reichstag zusammenzubringen, da witterten die Herren von der „Arbeiter-Zeitung“ und vom „Zentralverband deutscher Industrieller“ Morgenluft. Sie erklärten, es sei nunmehr an der Zeit, „die als solche unzweifelhaft festgestellten Mängel der Verfassung abzustellen und den Folgen der mit doppelter Schärfe einsetzenden Agitation der Umsturzpartei vorzubeugen“, und boten dem Reichskanzler dafür ihre guten Dienste an. Fürst Bülow zeigte sich der Lage gewachsen. Er schrieb dem scharfmacherischen Industriellenverband zurück, daß er seine Hilfe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gern in Anspruch nehmen werde, er vertraue „auch fernerhin auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik“. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen habe, erkenne er rückhaltlos an. Er hoffe aber auch, daß ihm „bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen“ werde.

Die „wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes“ bei den Bemühungen der Reichsregierung „zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze“ hat dem Reichskanzler nun in reichem Maße zur Verfügung gestanden, wie die wenigen sozialpolitischen Gesetzentwürfe beweisen, die dem Reichstag seitdem zugegangen sind. Insbesondere kann man an dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes den großen Einfluß der Scharfmacher auf die Reichsregierung spüren, mehr aber noch an dem „Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern“, der dem Bundesrat jetzt zugegangen und gleichzeitig — am 4. Februar — im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden ist.

Der Entwurf sieht, wie schon aus der Überschrift hervorgeht, nicht Arbeiterkammern, wie sie von den deutschen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gefordert werden, vor, sondern Arbeitskammern, das heißt paritätische Interessenvertretungen der Arbeiter und Unternehmer. Und zwar sollen in diesen Körperschaften nicht alle Arbeiter in Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe vertreten sein, sondern nur die Handarbeiter in der Großindustrie. Ausgeschlossen davon bleiben also die Landarbeiter, die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe, in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben, in den kleineren fabrikmäßigen Betrieben, im Handwerk, der Hausindustrie und der Heimarbeit. Der Ausschluß der Arbeiter in Handwerksbetrieben wird mit einem Hinweis auf die Interessenvertretung der Gesellen in den Handwerkerkammern, in den Gesellenausschüssen (!) begründet, den Handlungsgehilfen wird die tröstliche Aussicht auf die Schaffung von Interessenvertretungen in den Handelskammern gemacht. Lediglich für die privaten industriellen Großbetriebe soll also eine Interessenvertretung der Arbeiter und Unternehmer geschaffen werden, doch in einer Form, die durchaus den scharfmacherischen Ursprung des ganzen Gesetzentwurfes verrät.

Denn diese Arbeitskammern sollen sich durchaus an die von den Scharfmachern beherrschten gewerblichen Berufsgenossenschaften angliedern. Nach § 1 des Gesetzentwurfes sind nämlich diese Arbeitskammern „in Anlehnung an die Einteilung und die Bezirke der gewerblichen Berufsgenossenschaften“ zu errichten. Und zwar geht die Vorlage so weit, den Vorständen derjenigen gewerblichen Berufsgenossenschaften, bei welchen die in der Arbeitskammer vertretenen versicherungspflichtigen Personen versichert sind, ganz ausschließlich die Wahl der Unternehmensvertreter zur Arbeitskammer zu übertragen. Was bei diesen Wahlen herauskommen wird, kann man ermesen, wenn man die direkt arbeiterfeindliche Haltung der Vorstände der Berufsgenossenschaften in Berücksichtigung zieht.

Weinige noch schöner ist aber die Bestimmung des Entwurfs über die Wahl der Vertreter der Arbeiter zu den Arbeitskammern. Nach § 12 der Vorlage werden die Vertreter der Arbeitnehmer nämlich zur größeren Hälfte durch die auf Grund des § 134h der Gewerbeordnung gebildeten zuständigen Arbeiteraussschüsse, zur kleineren Hälfte durch die auf Grund des § 114 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 gebildeten Arbeitervertretungen gewählt. Von einer direkten Wahl der Arbeitskammervertreter ist also keine Rede. Ausgerechnet die Arbeiteraussschüsse in den gewerblichen Großbetrieben, die zumeist nur unter dem terro-

ristischen Einfluß der Fabrikpächter gebildet werden und die deshalb nur als Karikatur einer Arbeitervertretung gelten können, sollen in der Hauptsache neben den Berufsgenossenschaftsvorständen über die Zusammensetzung der Arbeitskammern entscheiden. Daß unter solchen Umständen der Wille der Arbeiter bei den Wahlen und somit bei der Zusammensetzung der Arbeitskammern nicht klar zum Ausdruck kommen kann, ist selbstverständlich, aber das liegt nun eben im Interesse der Scharfmacher, die auch bei diesem Gesetzentwurf wie schon bei der Zuchthaus- und bei der Vereinsgesetzvorlage der Reichsregierung ihre „wertvolle Unterstützung“ haben zuteil werden lassen.

Selbstverständlich sind die Arbeiterbeamten von der Wählbarkeit zu den Arbeitskammern gänzlich ausgeschlossen. Wählbar sind nach § 13 der Vorlage Deutsche, welche

1. das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben;
2. im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind;
3. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbe- oder Arbeitergruppen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammer oder die Abteilungen errichtet sind;
4. in dem der Wahl vorausgegangenem Jahre für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben.

Nicht wählbar ist, wer gemäß § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

Es lag nur im Interesse der Scharfmacher, die selbstgewählten Vertrauensmänner der Arbeiter, die Gewerkschaftsbeamten, die über das nötige Sachverständnis und die nötige Unabhängigkeit auch gegenüber den Unternehmern verfügen, von den Arbeitskammern, als den Interessenvertretungen auch der Arbeiter, auszuschließen. Die Unternehmer wollten nur eine ihnen genehme Vertretung der Arbeiter, sie wollten nur durchaus von ihnen abhängige Arbeiter in diese Körperschaft zulassen, und der Wunsch der Scharfmacher war der Reichsregierung Befehl. Selbstverständlich sind die Unternehmer in der Lage, ihre Beamten und „Handlanger“ ungehindert als ihre Vertreter in die Arbeitskammern entsenden zu können.

Die Arbeitskammern werden den Unternehmern sicher keinen Schaden zufügen, um so mehr, als auch ihre Befugnisse sehr beschränkt sind. Die Aufgaben dieser Interessenvertretungen werden in der Vorlage wie folgt skizziert:

§ 2. Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbebranche sowie die auf dem gleichen Gebiet liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen.

§ 3. Insbesondere gehören zu den Aufgaben der Arbeitskammern,

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebranche in ihrem Bezirk zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über  
a. den Erlaß von Vorschriften gemäß §§ 105 d, 105 e Abs. 1, §§ 120 e, 139 a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung,  
b. die in ihrem Bezirk für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verhältnisse;
3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) berühren, zu beraten;
4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

§ 4. Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungsbereiches (§ 2, 3) Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten.

§ 5. Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbebranche über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.

Dieser Entwurf stellt keine Erfüllung der von der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten aufgestellten Forderung dar, in den sie angehenden Maßnahmen zur Beratung, Beschlußfassung und Aufsicht zugezogen zu werden, sondern steht fast

wie eine Verhöhnung dieses Verlangens aus. Die Reichsregierung bleibt sich mit dieser Vorlage nur selbst gerecht, sie wandelt auch hier nur in den Bahnen jener Sozialpolitik, die mit dem Zuchthausgesetz seligen Andenkens inauguriert wurde und die in der agrarisch-scharfmacherischen Sozialpolitik und auch in dem Vereinsgesetzentwurf einen glücklichen Ausdruck fand. Diese Art Sozialpolitik, die von den Scharfmachern inspiriert ist, hat stets die entschiedene Gegnerschaft der Arbeiter gefunden, die ihr auch werden wird bei der Verabschiedung des Arbeitskammergesetzentwurfes.

### Die Fürsorge für Unfallverletzte.

II.

□ Regierungsrat Breithaupt kritisiert bloß etwas, will aber doch keine ernsthaften Reformen. Daran ändert auch der Wortschwall nicht. Ja er bringt es fertig, davon zu reden, daß der heutige Zustand Nachteile für die — Berufsgenossenschaften habe! Er schreibt wörtlich: „Bekanntlich liegt bis zum Beginn der 14. Woche nach dem Unfall die Fürsorge für die Verletzten regelmäßig der Krankenkasse ob. Die wohl allseitig anerkannten Nachteile, welche dieser Rechtszustand für die Berufsgenossenschaft und die Versicherten im Gefolge hat, rühren vor allem daher, daß nach der ganzen Struktur der beiden Versicherungskörper — Berufsgenossenschaft und Krankenkasse — die Ziele der Behandlung wesentlich verschieden sind.“ Daß also die ohnedies genug belasteten Krankenkassen jährlich Millionen von Mark für das Heilverfahren der Unfallverletzten ausgeben müssen, ohne dafür nur einen Pfennig Ersatz von den Berufsgenossenschaften zu erhalten, bedeutet für die Berufsgenossenschaften „allseitig anerkannte Nachteile“. Das begreife wer kann. Auch nur ein preussischer Regierungsrat kann schreiben, daß die „Ziele der Behandlung wesentlich verschieden sind“. Die Krankenkasse gewährt doch den Verletzten freie ärztliche Hilfe, Heilmittel, Spitalpflege, Krankengeld usw. Die Behandlung läßt doch weder die Krankenkasse noch die Berufsgenossenschaft selbst aus, sondern die Ärzte! Sollten nun die Ärzte „verschiedene Ziele“ im Auge haben und nicht auf die Heilung der Verletzten bedacht sein, wenn sie nur Kassenbeamte sind? Darüber haben die Ärzte das Wort, die doch für die Berufsgenossenschaften oder Private nicht besser oder sorgfamer behandeln wollen!

Breithaupt will den Unterschied aber darin finden, daß die „Krankenkasse die Verpflichtung, während eines beschränkten Zeitraums für den Verletzten zu sorgen, nur hat, sein Schicksal in fernere Zukunft hat für die Krankenkasse, wenn auch ihr Streben auf eine möglichst gründliche Heilung gerichtet ist, nicht ein so erhebliches Interesse, wie dies bei den Berufsgenossenschaften der Fall ist“.

Die Berufsgenossenschaft könnte „durch eine möglichst intensive Gestaltung des Heilverfahrens ihre Rentenzahlung oft für viele Jahre wesentlich herabmindern und nicht selten von einer Rentenzahlung überhaupt befreit werden“!

Das ist des Pudels Kern! Noch weniger Unfallrente, mehr „Heilung“ der Schäden in den famosen Rentensquetzen! Breithaupt spricht deshalb immer wieder von einer „Begrenztheit der Aufgaben der Krankenkassen“, die auch bei dem „besten Streben, den Verletzten nach Möglichkeit zu helfen“, eine Beschränkung des vom Standpunkt der Berufsgenossenschaften und des Verletzten erforderlichen Heilverfahrens“ haben. Wenn auch die Verhältnisse „bei großen, gut geleiteten Krankenkassen“ günstiger liegen, so ändere dies doch nichts an der Tatsache, daß „die ärztliche Behandlung der Unfallverletzten in den ersten 13 Wochen, die regelmäßig für den ganzen späteren Zustand entscheidend ist, vom Standpunkt der Berufsgenossenschaften sehr oft völlig unzulänglich ist!“ Als ob die Krankenkassen nicht auch ein großes Interesse daran hätten, daß alle Kranke gute ärztliche Behandlung haben, damit chronische Leiden verhütet werden! Breithaupt meint, „daß häufig die Zahl der vom Kassenarzt zu behandeln den Kranken eine überaus große ist, die eine umfassende Heilbehandlung des einzelnen, besonders in schwierigen Fällen, oft garnicht zuläßt“. Wenn die Krankenkassen aber deshalb die Zahl der Ärzte bestimmen und eine Einteilung der Patienten vornehmen wollen, schreien die Kollegen des dekorierten Dr. Muggan Zetermordio!

Die mangelhafte Behandlung bringe es mit sich, daß oft „der Krankheitsprozeß schon so weit fortgeschritten ist“, daß er einer Behandlung überhaupt nicht mehr zugänglich sei!

Aber auch bei den Verletzten bestehe dann „so wenig Neigung, sich noch einer gründlichen Kur zu unterziehen“. Ja, die „gründlichen Kuren“! Dazu komme noch, daß die Verletzten oft nach der 14. Unfallwoche „von einem anderen Arzte behandelt werden als von dem, der bisher für die Krankenkasse das Heilverfahren geleitet hat“! Das ist ja der große Unfug, daß die Berufsgenossenschaften ab 14. Woche oder auch später einfach den behandelnden Arzt übergehen, der doch die Krankheitsgeschichte der Verletzten aus Erfahrung kennt, und ihren „Vertrauensarzt“ mit der Weiterbehandlung betrauen!

Breithaupt kritisiert aber wieder nicht dieses System, sondern meint nur: „Dadurch ist ohne weiteres der Boden für ein starkes Mißtrauen gegen die ärztlichen Maßnahmen gegeben, welches sich nur zu häufig auf das ganze Verhältnis zwischen Verletzten und Berufsgenossenschaft überträgt!“

Gut! Aber das „starke Mißtrauen“ gegen die Berufsgenossenschaften wurzelt nicht allein in diesem Punkte, sondern in der Rechtlosigkeit der Versicherten überhaupt! Ohne jedes Recht der Mitverwaltung an den Berufsgenossenschaften sind ja die Verletzten der Willkür der Unternehmer gänzlich preisgegeben. Sie haben ja keine Vertreter, keine Leidensgefährten in diesen Körperschaften, wo soll das Vertrauen dann herkommen? Anders ist es da bei den Krankenkassen, in denen die Versicherten das aktive Wahlrecht haben, ihre Vertreter im Vorstand und Generalversammlung besitzen. Nimmt man den Krankenkassenmitgliedern dieses so wichtige Recht, so sinken auch diese Institute auf den Standpunkt der Berufsgenossenschaften herab.

Breithaupt meint jedoch nur so nebenbei, daß bei einer Reform der Unfallversicherungsgesetze „die Abschaffung der Karenzzeit“ in Frage kommen würde. Bis dahin ist jedoch noch ein weiter Weg, und an die Mitverwaltung der Versicherten denkt ja auch kein Regierungsrat.

Er redet deshalb den Berufsgenossenschaften gut zu, daß sie das geltende Recht schon benützen und schon vor Ablauf der 13. Unfallwoche das Heilverfahren übernehmen möchten. Die Berufsgenossenschaften haben ja nach § 76 c des Krankenversicherungsgesetzes das Recht — aber nicht die Pflicht, auf ihre Kosten innerhalb der Karenzzeit ein Heilverfahren einzuleiten. Breithaupt muß aber zugeben, daß die Berufsgenossenschaften diesen „Mißstand“ ruhig ertragen und so selten innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls eingreifen. „Viele Berufsgenossenschaften befassen sich überhaupt nicht mit der freiwilligen Übernahme des Heilverfahrens in der Karenzzeit, andere in sehr beschränktem Umfange!“ Doch hat der Herr Regierungsrat auch dafür eine Erklärung, „daß die für sie in Betracht kommenden Krankenkassen eine gründlichere Behandlung verbürgen“ (Auf einmal!), „zum Teil ist es aber gewiß auch die Folge einer unregelmäßigen Sparfamkeit“! So komme es, daß Verletzte oft nur aus Zufall in Heilbehandlung genommen würden. Man beachte nun folgenden Satz: „Das ist um so auffälliger, als das Gesetz im übrigen naturgemäß bestrebt ist, die Rechte des Verletzten so zu gestalten, daß sie von dem Willen der Berufsgenossenschaften möglichst unabhängig sind,“ „was so weit geht, daß dem Verletzten selbst bei den kleinsten Renten und bei jeder Rentenänderung die kostenlose Anrufung der obersten Instanz freisteht“! Die „obersten Instanzen“ enttäuschen aber gewöhnlich die Hoffnungen der Verletzten, und vom „Rechte der Versicherten“, „Unabhängigkeit“ von dem Willen der Berufsgenossenschaften zu reden, bringt auch nur ein preussischer Regierungsrat fertig! Er hätte vielmehr von einer Rechtlosigkeit reden sollen. Breithaupt schlägt deshalb stärkere Inanspruchnahme des Heilverfahrens vor und hofft, daß die Berufsgenossenschaften ein Einsehen haben, „die sich bei dem steten Wachsen ihrer Lasten begreiflich erweise gegen jede Erweiterung ihrer Verpflichtungen kräuben“.

Deshalb sollten die Krankenkassen künftig auf Befehl der Berufsgenossenschaften in allen Fällen, in denen „etwa nach dem Urteile des beamteten Arztes Krankenhausbearbeitung erforderlich“ sei, diese Kosten übernehmen und mit einem „Bauschalbetrag“ abgefunden werden. „In finanzieller Beziehung würde dieser Vorschlag für die Berufsgenossenschaften „nur geringfügig“ sein.“ Das glauben wir auch! Die Krankenkassen sollen noch mehr bluten, die Versicherten noch mehr entrecht werden!

## Die moderne Bewegung in Wien.

Von Joseph Aug. Zug, Wien.

(Fortsetzung.)

Wie in Deutschland und Belgien waren es Maler, die die Sache der modernen Bewegung zu ihrer Sache machten und die Einheit der Künste verkündeten. Die akademische Unterscheidung zwischen hoher und niederer Kunst wurde gebühlich wiederlegt und der Grundsatz aufgestellt, daß jede Arbeit im Material, sei es ein Stuhl, ein Schreibtisch, eine Goldschmiedearbeit, ein Gewebe, eine Architektur, den höchsten künstlerischen Adel empfangen könne und daraufhin ebenso angesehen werden muß, wie ein Gemälde oder eine Plastik. Man darf den bedeutsamen Umstand nicht aus dem Auge lassen, daß es für die Wiener Bewegung vom Anfang an auf die Gesamtheit der Kunst als Kunstgewerbe und Architektur abgesehen war, wonach der Platz und die Geseße auch für die Plastik und für die Malerei bestimmt waren. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß die Begründer der Sezession als Maler trotz ihrer architektonischen Tendenz auf

das Gesamtkunstwerk von den Architekten nichts wissen wollten. Ulrich, der aus der Architekturschule Otto Wagner kam und das wahre Salz der ganzen Wiener Bewegung bildete, mußte zuerst als Zeichner sein Heimatrecht in der Sezession begründen. Ein anderer Architektur- und Wagner-Schüler, Joseph Hoffmann, der, wie bekannt, nach Ulrichs Berufung nach Darmstadt der Grundpfeiler des modernen Programmes in Wien wurde, hatte nicht weniger unter Protesten zu kämpfen, noch mehr aber der alte Wagner selbst, dessen jugendlicher Sinn und unzweifelhafte Gesinnung alsbald jedes prinzipielle Bedenken besiegte. Oberbaurat Otto Wagner bildete unter den Architekten der alten Schule eine fast einzig dastehende Ausnahmeerscheinung, insofern er es zuweilen brachte, sich der neuen Bewegung ganz zu verschreiben, was ihm in der Gesinnung vollständig, aber in der Praxis nicht ganz restlos gelang. Es gehört zu seinen größten persönlichen Verdiensten, daß er sich mit einer ungeteilten Überzeugungstreue auf die Seite der Jungen stellte und mit heiterer Würde die Last des Schimpfes auf sich nahm, der seit seinem Übertritt aus dem Künstlerhaus zur Sezessionsvereinigung auf ihn niederregnete. Er hatte kurz vorher als Mitglied der Architektengruppe des Künstlerhauses den Bau der neuen Stadtbahn zur architektonischen Durchführung bekommen, aber er verbannte diesen Auftrag nicht, wie sich's gebührt, der Überlegenheit seines Könnens, sondern dem blinden Gott der Clique, der nicht nach künstlerischer Überzeugung, sondern nach persönlichen, egoistischen und oft von recht niederen Instinkten geleiteten Eingebungen handelt. Ungeachtet, daß die Zahl seiner öffentlichen Bauten verhältnismäßig gering ist, hat Otto Wagner einen kolossalen Einfluß auf die Architektenschaft seines Landes und des ferneren Auslandes gewonnen durch sein akademisches Lehramt, durch seine Schriften und vor allem durch seine zahllosen, von ihm selbst herausgegebenen und sorgfältig redigierten Projekte, die als Architekturblätter das Äußerste darstellen, was ein raffiniertes Geschmacksgefühl leisten vermag. Die Großzügigkeit und genial berechnete Art, Bauprobleme anzufassen und zu disponieren, bietet Genuß und Interesse auch jenen, die mit der Unberühmtheit seiner Durchführungen nicht einverstanden sein können. Es ist oft gefragt worden, ob dieser kalt festliche, vornehm ungemüthliche Architekturcharakter wienerisch sei? Ja, ob er überhaupt modern sei? Die beliebte Erklärung, daß ein Tropfen spanisches Blut in dem Dichterreich fließe, daß in dem Wiener etwas von einem Hidalgo lebt, ist literarisch geistreich, aber auch durchaus nichtsfugend. Die Sache liegt einfach so, daß Otto Wagner bei aller Modernität sich das Recht vorbehält, in den Schatzkammern der Überlieferung Entdeckungswanderungen zu unternehmen und dort für seine ornamentalen Absichten zu wählen, was ihm gut schien. Denn er durfte sich die Fähigkeit zuschreiben, die alten Werte neu umzuwerten. Seine Empireremotiv sind glücklicherweise nicht Empirer; seine gelegentlichen, wenn auch unausgeführten Ruppelbauten sind trotz Palladio von dem modernen Meister sehr selbständig erfunden, und sogar die konventionellen allegorischen Figuren, mit denen er monumentale Bauwerke zu bevölkern liebt, überraschen durch neue Materialauffassungen. Trotz mancher nicht überwundener historischer Anflänge kann man nicht sagen, daß seine Kunst den Tod auf dem Rücken durchs Leben schleppt; sie ist frisch und reich an starken inneren Impulsen, wie es sich namentlich an seinen jüngsten Werken der Postsparkasse und der Kirche für die Landespflegeanstalt in Wien ersehen läßt. Was jedoch namentlich seinen früher ausgeführten Bauwerken zum großen Nachteil gereicht, ist das mangelnde Können der Werkleute; es fehlt unserer Zeit an hochentwickelten künstlerischen Bauleuten, wie es etwa im 18. Jahrhundert unter anderen die Stülcken waren, von deren Geschick zum großen Teil das künstlerische Schicksal des Bauwerkes abhängt. Das Vorliegen solcher Kräfte legt der Baukunst namentlich in bezug auf die Überlieferung größte Enthaltbarkeit auf; die moderne Entwicklung beruht in allen Punkten auf völlig neuen Grundlagen.

Die moderne Bewegung in Wien empfing jedoch ihren Stoß von anderen Kräften und ging daher in einer anderen Richtung. Die Guschütterung war von Belgien ausgegangen und hatte sich in Paris, Dresden und in Wien in rascher Aufeinanderfolge mit der Festigkeit eines elementaren Ereignisses angezeigt. Der Name van de Velde stand flammend auf dem künstlerischen Horizont. In den ersten Jahren der jungen Bewegung bauten die Architekten, die ihr angehörten, unter der Einwirkung dieses künstlerischen Geistes Kühne Bogen aus Holz, die Möbelwürfe der ersten Jahre und die Buchschmuckzeichnungen huldigten der van de Velde'schen Linie „interessante et nouvelle“. Keiner ist gänzlich frei gewesen von dieser Jüngerschaft. Doch einer vielleicht, Adolf Loos, ein junger Wiener Architekt, der in den Tagen der Liniensphantasie eine merkwürdige puritanische Gesinnung zur Schau trug. Er predigte mit fanatischem Eifer für werkmäßige Sachlichkeit und bekämpfte in großer Erbitterung alle künstlerischen Absichten. Seine Meinungen hatten einen guten Kern. Aber er war kein Künstler und kein Organisator; zur Unfruchtbarkeit verurteilt, gewann sein Leben aus der schönen Wahrheit nichts als eine Seele voll Giftigkeit. Was war's? Er hatte um ein oder zwei Jahre früher als die anderen die englischen und amerikanischen Publikationen kennen gelernt, und als auch die anderen dahinter kamen und aus denselben Quellen tranken mit reichlichem Nutzen für die Entwicklung der eigenen künstlerischen Instinkte, verschwand unter manchen erbitterten Protesten diese Episodenerscheinung, die durch ihre zerrüttete Begabung und ihre internationale Bohéménatur vorübergehend fesselte, vom Schauplatz. Die neuen Offenbarungen, die aus England, Schottland und Amerika

kamen, wurden von den Wiener Künstlern mit stärkster Inbrunst ergriffen. Hier begann die hypnotisierende Macht der Kunst von de Velde, die am Anfang alle Künstler durch ihre außerordentliche geistige Überlegenheit bestrickt hatte, am frühesten zu verlöschen. Um 1900 war diese kurze Entwicklungsphase mit ihren fruchtbaren Fortschritten überwunden; die Wiener Künstler hatten die durch Ruskin und Morris, ferner durch die amerikanischen Kunstpädagoger und endlich durch die Mackintoshgruppe in Glasgow eingeschlagenen Wege betreten und erkannt, daß diese Wege auch für sie die einzig gangbaren waren. Bis zum Jahre 1900, dem Pariser Weltausstellungsjahr, liegen in den Wiener Schöpfungen die verschiedenartigsten fremden Einflüsse miteinander im Kampfe; neben den berichtigten Holzbogen und dem phantastisch gesteigerten Kult der Linie hielten sich ganz sichtlich, von edler Zweckmäßigkeit bestimmte Räume vor, als erfreulicher Beweis, daß auch diese Künstler wieder begonnen hatten, ihre Vernunft zu gebrauchen. Die Mackintoshausstellung im Jahre 1901 bringt neues Licht auf diesen Weg und die Raumkunstausstellung 1902 mit Klingers Beethoven bedeutet den Höhepunkt des programmatischen gemeinsamen Aufstieges, bei dem die beteiligten Künstler und das Publikum unendlich viel begonnen hatten. Später löste sich die Gemeinschaft und nur einige hielten das Erreichte fest, um es auf ihre Art auszubauen. Die Sezession hatte damals ihre Mission erfüllt, die darin bestand, daß sie einigen ganz außerordentlich begabten Künstlern die Wege ebnete; seither führt sie ein Schattendasein.

Es hat fast den Anschein, als ob die Wiener Sezession, die vorwiegend eine Malervereinigung war, nur zögernd und widerstrebend die reformierende Arbeit auf dem Gebiet des Kunstgewerbes und der Architektur übernahm; dieses Ziel stand nicht von vornherein fest, aber die außerordentliche künstlerische Kraft einiger Begabungen wie Ulrich und Hoffmann, die nach dieser Richtung gingen, gab der Wiener Sezession die fruchtbare Tendenz dieser Raumkunst, durch die sich die Wiener Gruppe von den Malersezessionen anderer Städte alsbald sehr vorteilhaft unterschied. Diese Künstler fühlten sich durch die Kraft des neuen Gedankens, der sich in der Welt geregt hatte, vorwärtsgetragen, wenn gleich sie es im Anfang nur in ganz allgemeinen Sätzen aussprechen konnten. Die Worte, die die Künstler damals in den ersten Hefen des „Ver Sacrum“ schrieben, die flammenden Proteste gegen die Konvention, die Verkündigung der Individualität haben für den heutigen Leser einen etwas komischen Anstrich. Sie wirken heute etwas grell und ein wenig lächerlich nach, weil sie so gebläht tun und doch so wenig Sachlichkeit und positive Gedanken enthalten. Diese seltsame Zeitschrift „Ver Sacrum“, die zum großen Teil von den Künstlern selbst geschrieben ist, ihre damaligen Ausstattungsgebanten enthält und viele originelle Kunstbeiträge, eigens für dieses Blatt gezeichnet oder in Holz geschnitten, hat ein eigenartiges Schicksal. Seine geistige Phyllogonomie erscheint heute in einem anderen Dicht und der geistige Ernst wirkt ein wenig verzerrt und närrisch. Aber die Maske ist doch so persönlich und deshalb so eigenartig und wertvoll, denn sie überliefert ein getreues Spiegelbild der damaligen Stimmung unter diesen Künstlern. Sie hatten in wenigen Jahren Tatsachen geliefert und Wendungen herbeigeführt, die für ihre Urheber selbst überraschend waren und ihre Kräfte ungeahnt steigerten. Es gereichte der jungen Künstlerschaft zur Ehre und zum Vorteil, daß sie zunächst nicht die persönlichen Künstlerinteressen, sondern die allgemeinen Kunstinteressen in den Vordergrund stellten. Sie traten persönlich hinter ihre erzieherische Programm zurück und hielten die große Kunst des Auslandes nach Wien zu Gast, die sie in ihren Ausstellungen mit den größten künstlerischen Ehren behandelten. Das Publikum sollte dadurch wieder einen Maßstab für die europäische Kunstentwicklung empfangen und die heimischen Künstler selbst sollten an den fremden Werken eine Stärkung ihrer eigenen Absichten und Kräfte gewinnen. Bei der künstlerischen Beschaffenheit der jungen Vereinigung war es natürlich, daß zuerst die Werke der Malerei und der Plastik vorangingen. Die erzieherische Arbeit, die in der Vorführung der besten zeitgenössischen Werke bestand, war notwendig, um den daniederliegenden Geschmack und das Interesse des Publikums zu heben und die Öffentlichkeit für das Schaffen der heimischen Künstler wieder empfänglich zu machen. Die Wiener hatten es in den Jahren von 1897 bis 1904 sehr bequem; sie brauchten nicht in das Ausland zu gehen, um die moderne Kunst zu studieren, sondern das Ausland kam zu ihnen mit der Auswahl des Besten. In der Sezession zog in rascher Bildfolge die ganze moderne Entwicklung vorüber. Alle Werke, die in den letzten zwei Jahrzehnten irgendwo Berühmtheit erlangt hatten, waren hier zu sehen. Die französischen und deutschen Impressionisten, die modernen Stilisten von Jan Toorop bis Hodler, die holländischen, belgischen, skandinavischen, russischen und polnischen Künstler, die englischen und schottischen Künstler, die modernen Deutschen von Böcklin bis Marées, die wenigen großen Bildhauer unserer Zeit, ja sogar die japanische Kunst fand sich in dem Pavillon an der Wienzeile ein. (Fortf. folgt.)

## Soziales.

### Der Reichstag gegen die Anerkennung der Gewerkschaften.

Eine sozialpolitische Debatte, die insbesondere für die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung höchst bedeutsam war, wurde am 31. Januar im Reichstag gepflogen. Die Volksvertretung sollte entscheiden, ob sie die Gewerkschaften als verhandlungsfähig anerkennt, oder ob sie sich







Referat befasfen. Darum, Kollegen, agitiert alle für diese

Verammlung. Wir möchten nicht sehen, daß auch nur ein

Nürnberg. (Kornmacher.) In der am 4. Februar ab-

Wurzen. Am 1. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre

### Unsere Lohnbewegung.

#### Warnung vor Bezug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung

- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Danzig-
Langfuhr (Körner), Döbeln (Kessler & Gerold), Sonders-
werda (Brasse), Karlsruhe (Meinzer), Neu-
senburg, Paderborn (Bringschroder und Hellissen),
Schweid a. O., Solingen, Wolfenbüttel
(Kunst), Biel, Bern, Luzern und Zürich in der
Schweiz;
Tischlern, Stuhlbauern, Drechsler und Maschinen-
arbeitern nach Lauterberg a. Harz;
Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Diebscher),
Ebn a. Rh. (Wagenfabrik Atermühle), Hildesheim
(Hofwagenfabrik Utermöhl);
Kornmachern nach Cöpenick (Semte), Hamburg,
Kopenhagen;
Pantinnemachern nach Belgig (Menzel), Wittstock
(Falkenthal);
Klaviermachern nach Biegnitz (Schneider).

In Coblenz sind die Differenzen in der Rheinischen
Manufakturfabrik beigelegt. Verursacht waren die Streitig-
keiten durch den Erlass einer Arbeitsordnung, gegen welche
der Arbeiterausschuß vergeblich Einspruch erhoben hat. Als
von der Behörde, an welche sich die Kollegen nachher
wandten, eine Antwort nicht zu erlangen war, wurde be-
schlossen, die Kündigung einzureichen, vorher aber sollte der
Ausschuß noch einmal bei der Direktion vorstellig werden.
Diese zeigte sich jetzt, als sie sah, daß die Sache ernst zu
werden drohte, entgegenkommend, und so konnte am 5. Februar

ein befriedigender Abschluß der Differenzen herbeigeführt
werden. Dieser Erfolg ist ausschließlich dem Deutschen
Holzarbeiterverband zu danken, auf welchen sich die Kollegen
stützen konnten. Hoffentlich ziehen die Kollegen daraus die
Lehre, daß sie sich ausnahmslos der Organisation anschließen
und ihr treue Mitglieder sein müssen, wenn sie Ver-
schlechterungen abwehren und sich Verbesserungen erkämpfen
wollen.

### Ausland.

In Zürich sind am 8. Februar 700 organisierte Schreiner
ausgesperrt worden. Die Unternehmer hatten, entgegen den
getroffenen Vereinbarungen und unbekümmert um das in
dieser Frage ergangene Urteil des Schiedsgerichtes, welches
durch den Vertrag vom Juli 1906 vorgegeben ist, schwarze
Listen geführt. Dadurch und durch fortgesetzte Provokationen
waren die Kollegen in einem Betrieb zur Arbeitslosigkeit
getrieben worden. Das nahmen die Unternehmer zum An-
laß, um trotz des bestehenden Vertrags zur Aussperrung zu
schreiten. Von etwa 200 Meistern haben sich circa 80 an
der Aussperrung beteiligt. Ausgesperrt sind, wie bereits
erwähnt, 700 von den 1200 hier beschäftigten Schreimern.
Der Bezug von Schreimern, Maschinenisten und An-
schlägern ist strengstens fernzuhalten.

## Aus der Holzindustrie.

### Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie.

Der 20. Geschäftsbericht obiger Berufsgenossenschaft
konstatiert einen weiteren Aufschwung der Musikinstrumenten-
industrie. Jedoch ist die Zunahme recht mäßig zu nennen.
Versichert waren in:

Table with 4 columns: Betriebe, Verifizierte Personen, and 2 sub-columns for 1906 and mehr gegen 1905. Rows include Sektion I Leipzig, II Berlin, III Stuttgart, and a total row.

Die Zahl der Vollarbeiter, und diese lassen ja nur auf
eine Entwicklung der Industrie schließen, hat dagegen nur
um 1606 gegen das Jahr 1905 zugenommen. Süddeutsch-
land hat vor wie nach die schwächste Musikinstrumenten-
industrie.

Berechnet man aus dem großen Zahlenmaterial den
Jahresverdienst eines Versicherten, so ergibt sich folgendes Bild.
Es verdiente ein Vollarbeiter:

Table with 2 columns: 1906 and 1905. Rows for Sektion I Leipzig, II Berlin, III Stuttgart.

Freiwillig hatten sich 82 Unternehmer gegen Unfälle ver-
sichert, die gleiche Zahl wie im Vorjahr.

Es wurden im Berichtsjahr insgesamt 1005 Unfälle
(gegen 869 im Jahre 1905) gemeldet, und zwar:

Sektion I 446 (1905 357), Sektion II 456 (405), Sektion III
103 (107). Auf 1000 Versicherte entfielen somit 19,18 (18,57)
Unfälle, auf 1000 Vollarbeiter 33,11 (30,29).

Entschädigt wurden jedoch nur 153 Unfälle. Davon
ereigneten sich 87 an Arbeitsmaschinen, Motoren usw., 2 an
Fahrstühlen, Aufzügen, 2 an Dampfesseln, 1 durch feuer-
gefährliche Stoffe, 5 durch Zusammenbrüche, Einsturz, 18
durch Fall von Leitern, Treppen usw., 19 beim Auf- und
Abbladen, 2 durch Fuhrwerk, 1 im Eisenbahnbetrieb, 10 durch
Handwerkzeug usw., 6 durch sonstige Ursachen.

Die Folgen dieser Unfälle waren in 3 Fällen Tod, in
6 Fällen völlige, in 18 Fällen teilweise und in 72 Fällen
vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Table with 2 columns: 1906 and 1905. Rows for Sektion I Leipzig, II Berlin, III Stuttgart.

21 Verletzte erhielten eine Rente von 0 Prozent. Und
trotzdem werden sie als „entschädigte“ Fälle aufgezählt.

Die Verletzten waren nach Alter und Geschlecht getrennt:
142 Erwachsene männlichen und 6 weiblichen Geschlechts,
sowie 5 jugendliche Arbeiter männlichen Geschlechts.

Die Verletzten hatten 130 Berufungen zu dem Schieds-
gericht eingelegt. Davon wurden 46 zu ihren Gunsten und
73 zu ihren Ungunsten erledigt. Die Berufsgenossenschaft
hatte selbst 33 Anträge auf Herabsetzung alter Renten gestellt
und hatte in 22 Fällen Erfolg und nur in 10 Fällen Miß-
erfolg zu verzeichnen.

Das Reichsversicherungsamt hatte 16 Rekurse der Be-
rufsgenossenschaft und nur 18 Rekurse der Verletzten in
Empfang genommen. Davon wurden entschieden 18 zu-
gunsten der Berufsgenossenschaft und 15 zugunsten der Ver-
letzten!

Die Bekämpfung der Milzbrandgefahr für Arbeiter.
Unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes
 fand am 4. Januar, wie wir der „Deutschen Medizinischen
Wochenschrift“ entnehmen, eine Beratung im Reichsversiche-
rungsamt mit Vertretern der Lederindustrie-Berufsgenossen-
schaft unter Teilnahme eines Vertreters des königlichen
Gesundheitsamtes über die Bekämpfung der Milzbrand-
gefahr in Gerbereien und Lederfabriken statt. Ein von der
Berufsgenossenschaft ausgearbeiteter Entwurf von Unfall-
verhütungsvorschriften zur Bekämpfung der Milzbrandgefahr
 fand im wesentlichen die Zustimmung der Versammlung,
 doch soll nach drei Jahren auf Grund des bis dahin gesam-
melten weiteren statistischen Materials die Frage der
Erweiterung der Vorschriften erneut geprüft werden. — Zu

wirksamerer Bekämpfung der Milzbrandgefahr hat eine
Versammlung der Würsten- und Fleischarbeiter
 in Nürnberg beschlossen, die noch bestehende Milzbrand-
kommission zu beauftragen, an den Bundesrat eine Petition
 zu richten, in der gefordert wird, daß alles in- und aus-
ländische Rohmaterial dem Desinfektionszwang unterstellt
 und als Desinfektionsmittel nur strömender Wasserdampf
 mit dem nötigen atmosphärischen Druck zugelassen werde.
 Für Material, das etwa bei Desinfektion durch Dampf be-
deutende Schädigung erleiden würde, soll der Bundesrat
 durch ein Preisaus schreiben ein Desinfektionsmittel zu finden
 suchen, das die Milzbrandkeime mit Sicherheit zerstört.
 Ferner wird verlangt, daß die Vorschriften auch auf die
 kleineren Betriebe, insbesondere auch auf die Haus-
 und Heimarbeit ausgedehnt und die Benutzung der Arbeits-
räume zum Wohnen, Schlafen und Kochen verboten werden.

Die Zahlstelle Bielefeld unseres Verbandes hat als
erste Verbandszahlstelle bereits ihren Bericht für das
Jahr 1907 herausgegeben. Er zeichnet sich sowohl durch
seine gute Übersichtlichkeit wie durch gute Ausstattung aus.
Wieder kann wie in der im Vorjahr herausgegebenen Fest-
schrift derselben Zahlstelle über zahlreiche erfolgreiche Lohn-
bewegungen berichtet werden. Die Mitgliederzahl hat sich
im Jahre 1907 von 1013 auf 1060, also um 47 vermehrt.
Es fanden im Laufe des Jahres 11 Mitglieder-, 2 öffent-
liche, 97 Bezirks- und Sektionsversammlungen und 86 Werk-
stattbesprechungen statt. Die Verbandskasse hatte eine Ein-
nahme von 30 062,15 Mk., eine Ausgabe von 8319,88 Mk.,
hiervon 638,68 Mk. für Reiseunterstützung, 457,53 Mk. für
Arbeitslosenunterstützung, 241 Mk. für Streikunterstützung,
1327,33 Mk. für Krankenunterstützung, 83,66 Mk. für Ge-
sundheitsunterstützung, 145 Mk. für Sterbegeld, 50 Mk.
für Umzugunterstützung und 271,28 Mk. für Rechtschutz,
ferner 5106,35 Mk. an Anteil der Lokalkasse. Die Lokal-
kasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 17 652,47
Mk. An lokalen Unterstüzungen wurden verausgabt an
Reisende 129,30 Mk., Arbeitslose 366,40 Mk., Streikende
210 Mk., Gemäßregelte 23,84 Mk., in Sterbefällen 145 Mk.,
für Rechtschutz 145 Mk. Aus der Zahlstelle sind der Haupt-
kasse 4046 Mk. an Getrabeträgen usw. zugeführt worden.
Die Lokalkasse verfligte am Jahres schluß über ein Vermögen
in Höhe von 10 849,84 Mk.

Holzindustrie Hermann Schmitt in Czernik (Westpr.)
Nach dem Geschäftsbericht hat das Jahr 1906/07 noch nicht
die erhoffte vollständige Tilgung des Fehlbetrags ermög-
licht, hauptsächlich infolge weiterer Erhöhung der Löhne
sowie der Rohstoff- und Holzpreise, mit denen die Verkaufs-
preise nicht in Einklang zu bringen waren. Die Beschäfti-
gung der Czerniker Werke war zufriedenstellend, die Er-
zeugung konnte erweitert und eine Erhöhung des Umsatzes
erzielt werden. Der hohe Bankdiskont brachte erheblich
größere Zinsausgaben und war der Entwicklung einzelner
Abteilungen hinderlich. Für die Neustettiner Fabrik konnte
auch im Berichtsjahr ein geeigneter Käufer nicht gefunden
werden; sie wurde daher wieder in Betrieb gesetzt. Die
Umschreibungen werden auf 45 033 Mk. (im Vorjahr 50 705
Mk.) bemessen. Durch den 59 922 (57 795) Mk. betragenden
Reingewinn ermäßigt sich der Fehlbetrag weiter auf 35 310
Mk., den die Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahr zu
tilgen hofft. Dieses hat den gegenwärtigen Verhältnissen
entsprechend befriedigend angefallen, obgleich ein Abflauen
nicht zu verkennen ist.

## Gewerkschaftliches.

### Der Einfluß der Krisis auf die gegnerischen Gewerkschaften.

Die freien Verbände haben sich im verflossenen Jahre
nicht in dem erwarteten Maße entwickelt. Das „Korres-
pondenzblatt“ schätzt, wie wir bereits mitgeteilt haben, die
Mitgliederzunahme der Organisationen nur auf etwa 150 000,
so daß die zweite Million Gewerkschaftsmitglieder noch nicht
ganz voll sein dürfte. Nachdem die Zentralstelle der freien
Verbände eine vorläufige Übersicht über die Entwicklung der
in der angegebenen Organisationsarten gegeben hat, sind auch
die Zentralstellen der Konkurrenzorganisationen diesem
Beispiel gefolgt. Das „Zentralblatt der christlichen Ge-
werkschaften“ berichtet, daß sich die christlichen Gewerkschaften
mit einer Mitgliederzunahme von etwa 30 000 begnügen
müssen gegenüber einem Zugang von 68 350 im Jahre 1906
und 72 773 im Jahre 1905.

Für die verminderte Zunahme macht das christliche
Organ drei Gründe geltend. Zunächst den Umschlag der
Konjunktur, welcher die Werbetätigkeit der Gewerkschaften
ungünstig beeinflusst. Das ist zweifellos richtig. Weniger
richtig ist es aber, was das Blatt über den ungünstigen
Einfluß der Reichstagswahl auf das Wachstum der Gewerks-
schaften sagt. Es ist zuzugeben, daß während der Dauer
der Reichstagswahlbewegung die gewerkschaftliche Agitation
zurücktrat, da sich in dieser Zeit das Interesse der Arbeiter-
schaft fast ausschließlich auf die politischen Vorgänge kon-
zentrierte. Falsch ist dagegen die Annahme des „Zentral-
blatt“, „daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter
dem schweren Schlag zu leiden haben, welcher der politischen
Sozialdemokratie versetzt wurde“. Eine solche Einwirkung
konnte der Ausfall der Reichstagswahlen auf die freien Ge-
werkschaften um so weniger ausüben, als bekanntlich die
sozialdemokratischen Stimmten in den meisten Wahlkreisen,
und in vielen sogar recht beträchtlich, gestiegen sind. Das
Organ der christlichen Gewerkschaften ist auf falscher Fährte,
wenn es von den Erfahrungen in den eigenen Reihen auf
andere schließt. Auch dann, wenn es nicht ausdrücklich zu-
geben würde, daß bei der Zusammenfassung der christlichen
Gewerkschaften das Wesen der politischen und konfessionellen
Instinkte für sie recht nachteilig ist, müßte man eine
solche Wirkung annehmen. Als dritter Grund für den ver-
langsamten Fortschritt wird die Tatsache ins Feld geführt,
daß die Kreise, die verhältnismäßig leicht zu gewinnen
waren, nun aufgesaugt sind und dementsprechend die weitere
Entwicklung sich in ruhigeren Bahnen vollziehen wird. Das

## Organisiert sind die dummen Kerle nicht!

Das sagte der Vorsitzende des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe, der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Herr Rahardt, gelegentlich der Verhandlungen im Bürgeraal des Berliner Rathauses am 10. Dezember 1907 von seinen Kollegen in einer norddeutschen Stadt. Natürlich sollten die betreffenden Tischlermeister und Holzindustriellen deswegen nur „dumme Kerle“ sein, weil sie sich nicht organisierten, das heißt dem Schutzverband nicht anschlossen, den Wert des Zusammenschlusses mit Berufskollegen nicht würdigten. Sie hätten mit einem Male die ihnen aufgedrehte Eigenschaft verloren, wenn sie der Rahardtschen Ansicht entsprochen hätten. Nach dessen Ansicht ist man ein „dummer Kerl“, wenn man sich nicht organisiert. Die Herren vom Schutzverband haben sich bemüht, ihren Kollegen das begreiflich zu machen.

Wo immer aber Holzarbeiter sich bemühten, für bessere Arbeitsverhältnisse zu wirken, wo irgendwo eine Lohnbewegung drohte — unsere Holzarbeiter-Zeitung wurde daraufhin von den Arbeitgebern sorgfältiger gelesen als leider von der Mehrzahl unserer Kollegen —, da erschien ein Vertreter vom Schutzverband und machte den Arbeitgebern, seinen Kollegen begreiflich, daß sie „dumme Kerle“ seien, wenn sie den Wünschen der Arbeiter entsprächen, sich mit ihren Arbeitern verständigten. Durch diese rührige Werbearbeit ist es gelungen, eine große, weitverzweigte Organisation der Arbeitgeber der Holzindustrie zu schaffen.

Aber nicht nur unsere Arbeitgeber, die Holzindustriellen, haben sich organisiert, sondern alle Berufsstände haben ihre Berufsorganisation gefunden. Sogar unsere Bauern wollen, um mit Herrn Rahardt zu reden, nicht mehr „dumme Kerle“ sein; sie haben sich im Bund der Landwirte eine Organisation geschaffen, die erfolgreich die Gesetzgebung für sich beeinflusste. Wir Arbeiter haben in den hohen Brotpreisen die Kosten dieser Bestrebungen zu tragen. Das soll uns aber nicht blind machen, zu erkennen, daß die Bauern und Landwirte die hohen Preise für ihre Produkte ihrer Organisation verdanken. Auch die Bergwerkbesitzer, schwerreiche Leute, deren Vermögen, ja deren Einkommen in die Millionen geht, halten sich einzeln für zu schwach, um in den wirtschaftlichen Kämpfen zu bestehen, sie wollen nicht die „dummen Kerle“ sein, sondern haben sich organisiert und diktieren uns mit Hilfe der Organisation die Kohlenpreise.

Wucherpreise für Brot und Kohlen sind die Frucht dieser beiden Organisationen allein. Wie es dabei geht, so auf allen Gebieten.

**Unterstützung in Sterbefällen.** Dieselbe wird an verheiratete Mitglieder bis zu 25 M. nach einer Mitgliedschaftsbauer von 52 Wochen, für jede 52 Wochen mehr steigend um 5 M. bis zum Höchstbetrag von 75 M., an ledige Mitglieder (welche die Fürsorge für Angehörige übernommen hatten) nach 156 Beitragswochen in Höhe von 25 M. gewährt. **Notfallunterstützung** können die Mitglieder erhalten, welche durch langdauernde Krankheit, wiederholte Sterbefälle in der Familie usw. in eine außerordentliche Notlage geraten. Die Höhe bestimmt der Vorstandsvorstand.

**Rechtsschutz.** In gewerblichen Streitigkeiten, bei Wohnlagen u. a. haben die Mitglieder Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsschutz, das heißt der Verband zahlt den Anwalt und die eventuellen Gerichtskosten.

**Verbandsorgan.** Das Organ des Verbandes, die „Holzarbeiter-Zeitung“, erhält jedes Mitglied auf Verbandskosten geliefert. Weibliche Mitglieder erhalten je die Hälfte dieser Unterstützungssätze.

Und nun, lieber Kollege, frage ich dich, ist nicht etwas Wahres an dem Rahardtschen Ausspruch? Ist nicht ein „dummer Kerl“, wer einer Organisation, die ihm so viele Vorteile bietet, fernbleibt? Prüfe das genau, lieber Kollege, und wenn du, ob als Tischler oder Drechsler, oder Korbmacher, oder in sonst einer der Branchen der weitverzweigten Holzindustrie arbeitest, nicht als „dummer Kerl“ gelten willst, so melde sofort deine Mitgliedschaft bei der Ortsverwaltung deines Wohnortes an oder, wenn daselbst eine Zahlstelle nicht besteht, bei dem nächsten Gauvorsitzer, deren Adressen hier folgen:

- Gau Danzig: Louis Güth, Danzig, Dominikwall 8.
- Gau Stettin: Rich. Falkenberg, Stettin, Falkenwalderstr. 27.
- Gau Breslau: Karl Dietrich, Breslau, Lehndamm 41.
- Gau Berlin: Franz Stusche, Berlin, SO, Engelfufer 19.
- Gau Dresden: Otto Gerlitze, Dresden, Rügenbergstr. 2.
- Gau Chemnitz: Aug. Thielemann, Chemnitz, Fürstenstr. 50.
- Gau Erfurt: Herm. Pappé, Erfurt, Bülowstr. 84.
- Gau Magdeburg: Ernst Bauer, Magdeburg, Faschloßberg 19.
- Gau Hamburg: A. Neumann, Hamburg, Befenbinderhof 57.
- Gau Hannover: Fr. Wolmann, Hannover, Knochenhauerstr. 1.
- Gau Düsseldorf: Aug. Hartung, Düsseldorf, Bentratherstr. 6B.
- Gau Frankfurt: S. Bückendahl, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51.
- Gau Nürnberg: Lorenz Stein, Nürnberg, Untere Kreuzgasse 31.
- Gau München: Anton Raith, München, Humboldtstr. 40.
- Gau Stuttgart: Georg Raub, Stuttgart, Holzstr. 16.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Sie bitte durchschneiden!

## Organisiert sind die dummen Kerle nicht!

Das sagte der Vorsitzende des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe, der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Herr Rahardt, gelegentlich der Verhandlungen im Bürgeraal des Berliner Rathauses am 10. Dezember 1907 von seinen Kollegen in einer norddeutschen Stadt. Natürlich sollten die betreffenden Tischlermeister und Holzindustriellen deswegen nur „dumme Kerle“ sein, weil sie sich nicht organisierten, das heißt dem Schutzverband nicht anschlossen, den Wert des Zusammenschlusses mit Berufskollegen nicht würdigten. Sie hätten mit einem Male die ihnen aufgedrehte Eigenschaft verloren, wenn sie der Rahardtschen Ansicht entsprochen hätten. Nach dessen Ansicht ist man ein „dummer Kerl“, wenn man sich nicht organisiert. Die Herren vom Schutzverband haben sich bemüht, ihren Kollegen das begreiflich zu machen.

Wo immer aber Holzarbeiter sich bemühten, für bessere Arbeitsverhältnisse zu wirken, wo irgendwo eine Lohnbewegung drohte — unsere Holzarbeiter-Zeitung wurde daraufhin von den Arbeitgebern sorgfältiger gelesen als leider von der Mehrzahl unserer Kollegen —, da erschien ein Vertreter vom Schutzverband und machte den Arbeitgebern, seinen Kollegen begreiflich, daß sie „dumme Kerle“ seien, wenn sie den Wünschen der Arbeiter entsprächen, sich mit ihren Arbeitern verständigten. Durch diese rührige Werbearbeit ist es gelungen, eine große, weitverzweigte Organisation der Arbeitgeber der Holzindustrie zu schaffen.

Aber nicht nur unsere Arbeitgeber, die Holzindustriellen, haben sich organisiert, sondern alle Berufsstände haben ihre Berufsorganisation gefunden. Sogar unsere Bauern wollen, um mit Herrn Rahardt zu reden, nicht mehr „dumme Kerle“ sein; sie haben sich im Bund der Landwirte eine Organisation geschaffen, die erfolgreich die Gesetzgebung für sich beeinflusste. Wir Arbeiter haben in den hohen Brotpreisen die Kosten dieser Bestrebungen zu tragen. Das soll uns aber nicht blind machen, zu erkennen, daß die Bauern und Landwirte die hohen Preise für ihre Produkte ihrer Organisation verdanken. Auch die Bergwerkbesitzer, schwerreiche Leute, deren Vermögen, ja deren Einkommen in die Millionen geht, halten sich einzeln für zu schwach, um in den wirtschaftlichen Kämpfen zu bestehen, sie wollen nicht die „dummen Kerle“ sein, sondern haben sich organisiert und diktieren uns mit Hilfe der Organisation die Kohlenpreise.

Wucherpreise für Brot und Kohlen sind die Frucht dieser beiden Organisationen allein. Wie es dabei geht, so auf allen Gebieten.

**Unterstützung in Sterbefällen.** Dieselbe wird an verheiratete Mitglieder bis zu 25 M. nach einer Mitgliedschaftsbauer von 52 Wochen, für jede 52 Wochen mehr steigend um 5 M. bis zum Höchstbetrag von 75 M., an ledige Mitglieder (welche die Fürsorge für Angehörige übernommen hatten) nach 156 Beitragswochen in Höhe von 25 M. gewährt. **Notfallunterstützung** können die Mitglieder erhalten, welche durch langdauernde Krankheit, wiederholte Sterbefälle in der Familie usw. in eine außerordentliche Notlage geraten. Die Höhe bestimmt der Vorstandsvorstand.

**Rechtsschutz.** In gewerblichen Streitigkeiten, bei Wohnlagen u. a. haben die Mitglieder Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsschutz, das heißt der Verband zahlt den Anwalt und die eventuellen Gerichtskosten.

**Verbandsorgan.** Das Organ des Verbandes, die „Holzarbeiter-Zeitung“, erhält jedes Mitglied auf Verbandskosten geliefert. Weibliche Mitglieder erhalten je die Hälfte dieser Unterstützungssätze.

Und nun, lieber Kollege, frage ich dich, ist nicht etwas Wahres an dem Rahardtschen Ausspruch? Ist nicht ein „dummer Kerl“, wer einer Organisation, die ihm so viele Vorteile bietet, fernbleibt? Prüfe das genau, lieber Kollege, und wenn du, ob als Tischler oder Drechsler, oder Korbmacher, oder in sonst einer der Branchen der weitverzweigten Holzindustrie arbeitest, nicht als „dummer Kerl“ gelten willst, so melde sofort deine Mitgliedschaft bei der Ortsverwaltung deines Wohnortes an oder, wenn daselbst eine Zahlstelle nicht besteht, bei dem nächsten Gauvorsitzer, deren Adressen hier folgen:

- Gau Danzig: Louis Güth, Danzig, Dominikwall 8.
- Gau Stettin: Rich. Falkenberg, Stettin, Falkenwalderstr. 27.
- Gau Breslau: Karl Dietrich, Breslau, Lehndamm 41.
- Gau Berlin: Franz Stusche, Berlin, SO, Engelfufer 19.
- Gau Dresden: Otto Gerlitze, Dresden, Rügenbergstr. 2.
- Gau Chemnitz: Aug. Thielemann, Chemnitz, Fürstenstr. 50.
- Gau Erfurt: Herm. Pappé, Erfurt, Bülowstr. 84.
- Gau Magdeburg: Ernst Bauer, Magdeburg, Faschloßberg 19.
- Gau Hamburg: A. Neumann, Hamburg, Befenbinderhof 57.
- Gau Hannover: Fr. Wolmann, Hannover, Knochenhauerstr. 1.
- Gau Düsseldorf: Aug. Hartung, Düsseldorf, Bentratherstr. 6B.
- Gau Frankfurt: S. Bückendahl, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51.
- Gau Nürnberg: Lorenz Stein, Nürnberg, Untere Kreuzgasse 31.
- Gau München: Anton Raith, München, Humboldtstr. 40.
- Gau Stuttgart: Georg Raub, Stuttgart, Holzstr. 16.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Wenn nun unsere reichen Fabrikanten, wenn die Bauern, wenn die Bergwerksbesitzer, wenn alle anderen Berufsclassen zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen sich organisieren, um wie viel mehr liegt diese Notwendigkeit beim Arbeiter, beim Holzarbeiter vor! Hängt doch von der Verwertung seiner Arbeitskraft einzig und allein sein Wohl und Wehe und das seiner Familie ab.

### 150000 Kollegen

haben das auch eingesehen und sich im Deutschen Holzarbeiterverband eine treue Stütze geschaffen. Aber noch steht die doppelte Anzahl der Holzarbeiter abseits, schutz- und wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber überlassen. Daß diese abseits stehenden Kollegen töricht handeln, das, lieber Kollege, soll dir mit ein paar Zahlen vorgerechnet werden. Im Jahre 1906 hat zum Beispiel der Holzarbeiterverband in 366 Städten zusammen 1236 Lohnbewegungen durchgeführt, an welchen insgesamt 75869 Holzarbeiter beteiligt waren. Davon erreichten 40903 Kollegen die Erfüllung ihrer Wünsche ohne Arbeitseinstellung. Daß der mächtige Holzarbeiterverband die Forderungen stellte, genügte, um die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit zu zwingen. In den übrigen Fällen mußte zum Streit gegriffen werden, und das Resultat dieser Kämpfe war: 36570 Kollegen erhielten eine Verkürzung der Arbeitszeit durchschnittlich um 2,7 Stunden pro Woche und 46942 Kollegen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78177 Mk. pro Woche, durchschnittlich pro Mann 1,67 Mk. pro Woche oder rund 87 Mk. pro Jahr. Der Beitrag an den Verband beträgt wöchentlich 50 Pf., für weibliche Mitglieder die Hälfte. Die Mitglieder haben also über dreimal mehr an Lohnerhöhungen erhalten, als sie an Beiträgen zahlten. Diese wurden ihnen mit über 300 Prozent verzinst. Wenn es gelingt, eine Lohnerhöhung von nur 1 Pf. pro Stunde zu erhalten oder bei schlechtem Geschäftsgang einen Lohnabzug von 1 Pf. pro Stunde zu verhindern, so ist eine Verzinsung der Mitgliederbeiträge durch den Verband herbeigeführt, wie kein Wucherer sie höher erzielen kann.

Ja, werden nun ganz besonders Kluge sagen, wir lassen „die anderen“ opfern und Beiträge bezahlen, wenn Verbesserungen erzielt werden, so kommen diese auch uns zugute, wir ernten, ohne gesät zu haben, wir überlassen das Letztere „den anderen“. Das ist einmal wenig nobel. „Die anderen“ sind ja genau so arme Teufel wie wir, ihnen fallen ja die Opfer ebenso schwer.

Ein Hundstott, wer sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen läßt! So schrieb einst die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen. Das paßt auch auf die Holzarbeiter. Das Verhalten solcher Kollegen ist aber auch unendlich töricht. Um der schönen Augen der Holzarbeiter willen hat noch kein Fabrikant die Löhne aufgebessert, immer mußte das

Wenn nun unsere reichen Fabrikanten, wenn die Bauern, wenn die Bergwerksbesitzer, wenn alle anderen Berufsclassen zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen sich organisieren, um wie viel mehr liegt diese Notwendigkeit beim Arbeiter, beim Holzarbeiter vor! Hängt doch von der Verwertung seiner Arbeitskraft einzig und allein sein Wohl und Wehe und das seiner Familie ab.

### 150000 Kollegen

haben das auch eingesehen und sich im Deutschen Holzarbeiterverband eine treue Stütze geschaffen. Aber noch steht die doppelte Anzahl der Holzarbeiter abseits, schutz- und wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber überlassen. Daß diese abseits stehenden Kollegen töricht handeln, das, lieber Kollege, soll dir mit ein paar Zahlen vorgerechnet werden. Im Jahre 1906 hat zum Beispiel der Holzarbeiterverband in 366 Städten zusammen 1236 Lohnbewegungen durchgeführt, an welchen insgesamt 75869 Holzarbeiter beteiligt waren. Davon erreichten 40903 Kollegen die Erfüllung ihrer Wünsche ohne Arbeitseinstellung. Daß der mächtige Holzarbeiterverband die Forderungen stellte, genügte, um die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit zu zwingen. In den übrigen Fällen mußte zum Streit gegriffen werden, und das Resultat dieser Kämpfe war: 36570 Kollegen erhielten eine Verkürzung der Arbeitszeit durchschnittlich um 2,7 Stunden pro Woche und 46942 Kollegen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78177 Mk. pro Woche, durchschnittlich pro Mann 1,67 Mk. pro Woche oder rund 87 Mk. pro Jahr. Der Beitrag an den Verband beträgt wöchentlich 50 Pf., für weibliche Mitglieder die Hälfte. Die Mitglieder haben also über dreimal mehr an Lohnerhöhungen erhalten, als sie an Beiträgen zahlten. Diese wurden ihnen mit über 300 Prozent verzinst. Wenn es gelingt, eine Lohnerhöhung von nur 1 Pf. pro Stunde zu erhalten oder bei schlechtem Geschäftsgang einen Lohnabzug von 1 Pf. pro Stunde zu verhindern, so ist eine Verzinsung der Mitgliederbeiträge durch den Verband herbeigeführt, wie kein Wucherer sie höher erzielen kann.

Ja, werden nun ganz besonders Kluge sagen, wir lassen „die anderen“ opfern und Beiträge bezahlen, wenn Verbesserungen erzielt werden, so kommen diese auch uns zugute, wir ernten, ohne gesät zu haben, wir überlassen das Letztere „den anderen“. Das ist einmal wenig nobel. „Die anderen“ sind ja genau so arme Teufel wie wir, ihnen fallen ja die Opfer ebenso schwer.

Ein Hundstott, wer sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen läßt! So schrieb einst die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen. Das paßt auch auf die Holzarbeiter. Das Verhalten solcher Kollegen ist aber auch unendlich töricht. Um der schönen Augen der Holzarbeiter willen hat noch kein Fabrikant die Löhne aufgebessert, immer mußte das

durch den Zusammenschluß der Kollegen erkämpft werden, und je enger der Zusammenschluß, je lückenloser die Organisation war, desto leichter war das Ziel zu erreichen, desto größer waren die Zugeständnisse. Die dem Verband nicht angehörenden Kollegen bewirken durch ihr Verhalten nicht nur, daß die organisierten Kollegen sich mit Geringerem zufrieden geben müssen, daß unter Umständen deren Verbesserungsbestrebungen erfolglos bleiben, sondern sie müssen auch selbst unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiten. Kollegen, vergleicht doch einmal die Arbeitsverhältnisse der Orte mit guten und schlechten Organisationen. Unsere Gewerkschaftsverbände haben Großes in den letzten Jahren erreicht. Die Arbeiter haben aber nicht gleichmäßig an diesen Errungenschaften teilgenommen. Wo unsere Kollegen rührig und gut organisiert waren, da haben wir einen großen Schritt vorwärts gemacht. Der Schritt mußte bescheidener sein, wo die Organisation zu wünschen übrig ließ, und unsere Kollegen aus Orten ohne Organisation haben trotz aller Teuerungen mit den alten Löhnen auskommen müssen, sie haben den Mund wischen können.

In der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sieht der Deutsche Holzarbeiterverband seine Hauptaufgabe. Damit ist aber seine Tätigkeit noch nicht erschöpft. Seine Unterstützungseinrichtungen sind so umfangreich, daß es sich wohl verlohnt, darüber einiges zu sagen.

Es wurden zum Beispiel 1906 neben 1615882 Mk. Streikunterstützung gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 474132 Mk., Reiseunterstützung 126272 Mk., Gemäßregeltenunterstützung 52056 Mk., Sterbegeld 33962 Mk., Umzugsunterstützung 35683 Mk., Rechtsschutz 19868 Mk., Notfallunterstützung usw. 279307 Mk.

Im einzelnen werden folgende Unterstützungen gewährt:

**Streik- und Gemäßregeltenunterstützung.** Dieses beträgt 2 Mk. pro Tag oder 12 Mk. pro Woche, an Verheiratete außerdem für jedes Kind 1 Mk. pro Woche bis zur Gesamthöhe von 15 Mk. pro Woche.  
**Arbeitslosenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6 bis 10 Mk. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Reiseunterstützung** pro Kilometer 4 Pf., jedoch höchstens 1 Mk. pro Tag und innerhalb 12 Monaten je nach der Dauer der Mitgliedschaft nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Krankenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 8 bis 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 78 Mk.  
**Umzugsunterstützung** erhalten verheiratete Mitglieder, welche ihren Wohn- und Arbeitsort wechseln, bis zur Hälfte der entstandenen Kosten, jedoch nicht über 20 bis 40 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft.

Beitragswochen	Reiseunterstützung in 12 Monaten	Arbeitslosenunterstützung		Krankenunterstützung		Umzugsunterstützung bis zu
		pro Woche	in 12 Monaten	pro Woche	in 12 Monaten	
52	36,—	6,—	36,—	3,—	39,—	20,—
104	42,—	7,—	42,—	3,75	43,75	25,—
156	48,—	8,—	48,—	4,50	53,50	30,—
208	54,—	9,—	54,—	5,25	63,25	35,—
260	60,—	10,—	60,—	6,—	78,—	40,—

durch den Zusammenschluß der Kollegen erkämpft werden, und je enger der Zusammenschluß, je lückenloser die Organisation war, desto leichter war das Ziel zu erreichen, desto größer waren die Zugeständnisse. Die dem Verband nicht angehörenden Kollegen bewirken durch ihr Verhalten nicht nur, daß die organisierten Kollegen sich mit Geringerem zufrieden geben müssen, daß unter Umständen deren Verbesserungsbestrebungen erfolglos bleiben, sondern sie müssen auch selbst unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiten. Kollegen, vergleicht doch einmal die Arbeitsverhältnisse der Orte mit guten und schlechten Organisationen. Unsere Gewerkschaftsverbände haben Großes in den letzten Jahren erreicht. Die Arbeiter haben aber nicht gleichmäßig an diesen Errungenschaften teilgenommen. Wo unsere Kollegen rührig und gut organisiert waren, da haben wir einen großen Schritt vorwärts gemacht. Der Schritt mußte bescheidener sein, wo die Organisation zu wünschen übrig ließ, und unsere Kollegen aus Orten ohne Organisation haben trotz aller Teuerungen mit den alten Löhnen auskommen müssen, sie haben den Mund wischen können.

In der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sieht der Deutsche Holzarbeiterverband seine Hauptaufgabe. Damit ist aber seine Tätigkeit noch nicht erschöpft. Seine Unterstützungseinrichtungen sind so umfangreich, daß es sich wohl verlohnt, darüber einiges zu sagen.

Es wurden zum Beispiel 1906 neben 1615882 Mk. Streikunterstützung gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 474132 Mk., Reiseunterstützung 126272 Mk., Gemäßregeltenunterstützung 52056 Mk., Sterbegeld 33962 Mk., Umzugsunterstützung 35683 Mk., Rechtsschutz 19868 Mk., Notfallunterstützung usw. 279307 Mk.

Im einzelnen werden folgende Unterstützungen gewährt:

**Streik- und Gemäßregeltenunterstützung.** Dieses beträgt 2 Mk. pro Tag oder 12 Mk. pro Woche, an Verheiratete außerdem für jedes Kind 1 Mk. pro Woche bis zur Gesamthöhe von 15 Mk. pro Woche.  
**Arbeitslosenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6 bis 10 Mk. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Reiseunterstützung** pro Kilometer 4 Pf., jedoch höchstens 1 Mk. pro Tag und innerhalb 12 Monaten je nach der Dauer der Mitgliedschaft nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Krankenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 8 bis 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 78 Mk.  
**Umzugsunterstützung** erhalten verheiratete Mitglieder, welche ihren Wohn- und Arbeitsort wechseln, bis zur Hälfte der entstandenen Kosten, jedoch nicht über 20 bis 40 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft.

Beitragswochen	Reiseunterstützung in 12 Monaten	Arbeitslosenunterstützung		Krankenunterstützung		Umzugsunterstützung bis zu
		pro Woche	in 12 Monaten	pro Woche	in 12 Monaten	
52	36,—	6,—	36,—	3,—	39,—	20,—
104	42,—	7,—	42,—	3,75	43,75	25,—
156	48,—	8,—	48,—	4,50	53,50	30,—
208	54,—	9,—	54,—	5,25	63,25	35,—
260	60,—	10,—	60,—	6,—	78,—	40,—



ist ein Pessimismus, der für die christlichen Gewerkschaften berechtigt sein mag, zu dem jedoch die freien Verbände keine Veranlassung haben.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften offen ausspricht, daß die erzielten Fortschritte den gehegten Erwartungen nicht entsprechen.

Der Bäcker- und Konditorenverband beabsichtigt die Herausgabe einer Geschichte der Anfänge der Organisationsbestrebungen in den Berufen der Bäcker und Konditoren.

Der Handlungsgehilfenverband zählte zu Beginn des Jahres 1907 etwa 6692 Mitglieder, am Jahresluß aber 8194 (nämlich 3631 männlich und 4563 weibliche).

Der Schiffszimmererverband zählte am Schluß des Jahres 1907 8738 Mitglieder gegen 8615 am Schluß des Vorjahres.

Der Seemannsverband kann auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß bringt die als Festnummer ausgestattete Nr. 3 des Verbandsorgans eine Schilderung der Entwicklung der Organisation.

männlichen Vereine" wurde ein Seemannskongreß einberufen, der vom 15. bis 18. November 1897 in Hamburg tagte und die Gründung der Zentralorganisation beschloß.

Die „Lebender-Zeitung“ feierte ihr dreißigjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß bringt die in festlichem Gewand erschienene Nummer 4 einen ausführlichen Rückblick auf den Werdegang dieses Gewerkschaftsblattes.

Drei christlichen, gemeingefährlichen Terroristen wurde wieder einmal von einem deutschen Gericht das Handwerk gelegt. Es handelt sich um den Bevollmächtigten Gabriel Höfing, den Kassierer A. Ziegel und das Vorstandsmitglied Christ. Höfing.

Soziale Rechtspflege.

„Unverhoffte“ Betriebsrevisionen in Bayern.

Als einer unserer Genossen in der Diskussion über die Frage „Unfallversicherung“ auf dem „Hygienekongreß“ zu Berlin äußerte, daß die Gewerbeinspektoren und technischen Aufsichtsbeamten nicht alle unangemeldet in die Betriebe zur Revision eintreten und dadurch der Hauptzweck dieser Tätigkeit darunter leiden müsse, protestierten die zahlreich vertretenen Aufsichtsbeamten ganz energisch gegen diese „unwahre“ Behauptung.

Geradezu föhlich lieft sich deshalb folgende Stelle aus dem Berichte des technischen Aufsichtsbeamten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für „Niederbayern“.

„Das Revisionsgeschäft wird in folgender Weise vorgenommen: Durch eine Karte wird der Bürgermeister einer zu revidierenden Gemeinde verständig, daß in einigen Tagen die Betriebe der Kontrolle unterzogen werden. Ist die Wohl-

nung des Bürgermeisters nicht abgelesen, so gehe ich zuerst zu diesem. Als Führer durch die Gemeinde wird mir meistens der Gemeinbediener beigegeben.“

Wenn der Ortschulze eine „Karte“ zuvor erhalten hat, was werden da die Bauern über die „unverhoffte“ Revision ihrer Betriebe erkaunt gewesen sein?

Und wie nötig diese Revisionen sind, ergibt sich aus den Berichten der Berufsgenossenschaft selbst. Der Aufsichtsbeamte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft „Schlesien“ berichtet: „Von den 966 revidierten Betrieben wurden 797 Betriebe = 82,5 Prozent beanstandet; ohne Mängel waren nur 169 Betriebe = 17,5 Prozent.“

Aus „Sachsen“ wird berichtet, daß die Berufsgenossenschaft jahrelang nur Verwarnungen ergehen ließ. „Da aber mit dieser Milde nichts erreicht wurde, hat man neuerdings in strenger Weise gleich die Betriebe ganzer Dörfer mit Geldstrafen belegt! Darob wieder großes Geschrei unter den Bauern. In Niederbayern ist es doch „gemüthlicher“!

Eingefandt.

Achtung, Vergolder!

Die letzte Branchenversammlung der Vergolder Berlins hat die Neuwahl der Zentralkommission der Vergolder vorgenommen. Die Kommission besteht diesmal aber nur aus drei Personen, und zwar Heinrich Späthe als Vorsitzender und Adolf Ambrosch und Georg Palm als Beisitzer.

Wir eruchen nun alle Sektionen der Vergolder, da doch jetzt meist die Neuwahlen der Sektionsleitungen stattgefunden haben, umgehend die Adressen ihrer Sektionsleiter anzugeben, respektive daß die Mitglieder oder Zahlstellenleiter des Verbandes dafür sorgen, daß dies geschieht.

Mit kollegialem Gruß Die Zentralkommission der Vergolder. F. A. Heinrich Späthe, Berlin S 59, Maybach-Ufer 8.

Zur Geschloßfrage.

„Der Worte sind genug gefallen, kommt, laßt uns endlich Taten sehen“, so sagt der Kollege Schramm in Nr. 5 der Holzarbeiter-Zeitung. Welcher Art sind nun die Taten, die der Kollege verlangt? Ein Flugblatt soll die Zentralkommission herausgeben, in welchem die Kollegen in Bayern auf das Schädliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht werden.

Wenn ich auch nicht dafür bin, daß ein solches Flugblatt jedes Jahr herausgegeben wird, so bin ich aber doch der festen Überzeugung, daß ein solches in der jetzigen Zeit, wo die Korbmacher etwas mehr verdienen, seine Wirkung nicht verfehlen wird, denn gerade jetzt werden die Lehrlingskinder mit dem hohen Lohne der Korbmacher Neidense machen. Da ist es angebracht, den Leuten das Bild der Heimarbeitersituation vor Augen zu führen, damit sie ihre Kinder davor bewahren, das Korbmacherhandwerk zu erlernen.

Kollegen, wo stehen wir jetzt? Ist das Ganze ein Puppenspiel, oder ist die Konferenz nur zusammengetreten, daß sich die Korbmacher aus verschiedenen Städten wieder einmal sehen konnten? Wer hat wohl nicht mit Entrüstung die „Holzarbeiter-Zeitung“ aus der Hand gelegt, als er in Nr. 3 derselben das mit Bernburg überschriebene Inserat las, welches besagt, daß die Kollegen von Wolf 800 Stück zu 4,25 Mk. und 1000 Stück zu 3,50 Mk. zu machen haben, wogegen die Kollegen von Galm & Wilsfeld mit dem Arbeitgeber übereingekommen sind, 4000 Stück zu 3 Mk. anzufertigen.

Zu Berlin war schon im Dezember v. J. eine große Zahl Kollegen arbeitslos geworden, nachdem die vorige Lieferung fertiggestellt war. Im Januar folgten die anderen, so daß wir gegenwärtig fast ein Viertel aller hier beschäftigten Kollegen als arbeitslos betrachten können.

Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1908.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and monthly data for 1908.

Summary table for 'Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit' showing monthly trends and percentages.

